Hoffnung auf Kredit

Andy Burnham zeigt, wie die Sozialdemokratie den Rechtspopulisten Paroli bieten kann. Nun muss er beweisen, dass seine Politik auch bezahlbar ist.

Andy Burnham ist der neue Hoffnungsträger für eine revitalisierte Sozialdemokratie in Großbritannien und darüber hinaus. Mit ihm sollte es gelingen, die *Labour*-Partei, die unter Keir Starmer trotz ihrer absoluten Mehrheit bei den Wahlen 2024 in eine bedrohliche Existenzkrise geraten war, wieder zur führenden politischen Kraft zu machen. Dabei setzt Burnham nicht auf eine Annäherung an die Rechtspopulisten, sondern auf eine Rückbesinnung auf sozialdemokratische Politik. Doch ob es ihm gelingt, die Rechtspopulisten dauerhaft zurückzudrängen, hängt auch davon ab, ob er seine politischen Versprechen in Zeiten klammer Kassen einlösen kann. Der erste Haushaltsentwurf am 28. Oktober wird zur entscheidenden Bewährungsprobe.

Den Rechtspopulismus zurückdrängen – das ist Burnham in den ersten drei Monaten zumindest vorerst gelungen. Das Ansehen von *Labour* ist deutlich gestiegen. Umfragen attestieren ihr einen klaren Zuwachs und sehen *Labour* wieder vorne, die rechtspopulistische Partei *Reform UK* unter Nigel Farage, die die Umfragen im ersten Halbjahr 2026 anführte, ist auf den dritten Platz gefallen. Andy Burnham hatte sich im Juni im Norden Englands in einem mehrheitlich *Reform*-orientierten Wahlkreis durchgesetzt; bei Nachwahlen in Keir Starmers Wahlkreis in London setzte sich im Oktober die *Labour*-Kandidatin klar gegen den Vorsitzenden der Grünen Partei durch.

So scheint zu gelingen, was Wahlkampfstrategen der Partei für nötig erachten: die Rückgewinnung von Wählerinnen und Wählern auf beiden Seiten des politischen Spektrums. Die Strategie Keir Starmers, *Labour* nach rechts zu führen, etwa in der Migrationspolitik, hat sich dagegen als wenig erfolgreich erwiesen. Burnham rückt *Labour* nun wieder stärker in die Mitte. Analysen wie die des Labour-Abgeordneten Liam Byrne zeigen, dass sich nur der gemäßigte Teil der *Reform*-Wählenden zurückgewinnen lässt. Es ist wenig sinnvoll, sich die härtesten Forderungen der Rechtspopulisten zu eigen zu machen. Denn in diesem

Wettlauf gewinnt meist das Original.

Burnham kann glaubwürdig verkörpern, dass er regionale Ungleichheiten abbauen und institutionelle Reformen vorantreiben möchte.

Statt also den Rechtspopulisten hinterherzulaufen, setzt Burnham auf eine Rückbesinnung auf sozialdemokratische Politik. Wie diese aussehen soll, erläuterte er unter dem Slogan *Hope Again* auf dem Parteitag der *Labour*-Partei in Liverpool Ende September. Die persönliche, teils emotionale Rede wirkte ungewöhnlich authentisch und gilt vielen – auch jenseits des Parteitags – als eine der besten politischen Reden der vergangenen Jahrzehnte. Burnham skizzierte ein Programm, das die Alltagssorgen und Wünsche der Mehrheit der Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt. Damit will er *Labour* zum Kern sozialdemokratischer Politik zurückführen und gerade jene Menschen wieder erreichen, die sich enttäuscht von der Politik abgewandt haben. Sozialdemokratische Politik muss für die Menschen einen Unterschied machen, ist Burnhams Überzeugung. Die bisher angekündigten und zum Teil umgesetzten Maßnahmen – wie die Deckelung der Busfahrpreise auf zwei Pfund und die vorübergehende Streichung der Mehrwertsteuer auf Haushaltsstrom – sind Ausdruck dieses Ansatzes. Auch regionale Ungleichheiten will Burnham gezielt angehen. Dafür stehen die Eröffnung eines Regierungssitzes im Norden Englands und das Versprechen von „Wachstum in jeder Postleitzahl“. Aufgrund seines politischen Werdegangs als Insider und zugleich Outsider, der Westminster zehn Jahre lang den Rücken zugekehrt hatte, kann Burnham glaubwürdig verkörpern, dass er regionale Ungleichheiten abbauen und institutionelle Reformen vorantreiben möchte.

Doch Burnham geht es nicht nur um einzelne sozialpolitische Maßnahmen. Sein Anspruch ist es, mit einer politischen Ausrichtung zu brechen, die Großbritannien über Jahrzehnte geprägt hat. Burnham, wie kein anderer Politiker vor ihm, hat den Neoliberalismus als politische Orientierung seit Margaret Thatcher ausdrücklich als Fehler bezeichnet. Auch den Brexit benennt er als Fehlentscheidung. In dieser klaren

Abkehr von vergangenen Weichenstellungen liegt eine besondere Kraft für den Blick nach vorn. Mit der Ankündigung eines Zehnjahresplans macht Burnham deutlich, dass der Anspruch seiner Regierung über den nächsten Haushalt hinausgeht. Damit kommt er dem verbreiteten Bedürfnis entgegen, in Zeiten großer Unsicherheit und kurzfristiger politischer Reaktionen wieder langfristige Perspektiven einer sozialdemokratischen Politik aufzuzeigen.

Entscheidend ist für Burnham jedoch nicht nur, welche politischen Ziele er verfolgt, sondern auch, wie er sie vermittelt. Dabei greift er bewusst auf Begriffe zurück, die lange von Konservativen und Rechtspopulisten besetzt waren: Wenn er fordert, dass die Wasserversorgung wieder unter öffentliche Kontrolle kommen müsse, oder wenn er den Brexit als Kontrollverlust bezeichnet, eignet er sich deren politische Sprache an.

Als Bürgermeister von Greater Manchester hat Burnham gelernt: Für Innovation und Wirtschaftskraft sind gute Beziehungen zwischen lokalen Akteuren entscheidend.

Auch bei der direkten Ansprache der Bevölkerung geht Burnham neue Wege. So hat er seine Präsenz in den sozialen Medien erheblich ausgebaut. Aus dem *King of the North* ist über die Sommerwochen ein *Master of Short-Form Videos* geworden, der es versteht, kleine und große Maßnahmen verständlich zu vermitteln. Die gestiegenen Zustimmungswerte deuten darauf hin, dass diese Form der Kommunikation Anklang findet. Als Bürgermeister von Greater Manchester hat Burnham zudem gelernt, welche Dynamik gute Beziehungen zwischen lokalen Akteuren für Innovation und Wirtschaftskraft entfalten können. Es geht ihm also auch um die Stärkung von Verbindung jenseits der virtuellen Welt. Doch Burnham setzt nicht nur auf die direkte Ansprache der Bevölkerung.

Auch innerhalb der *Labour*-Partei betont er die Notwendigkeit von Dialog und Debatte. Aufgrund der traditionellen Fragmentierung der *Labour*-Partei in verschiedene politische Strömungen ist die Unterstützung seiner Regierungsvorhaben trotz der bequemen absoluten Mehrheit kein Selbstläufer. Für Unterstützung muss immer wieder geworben werden.

Doch politische Zustimmung allein reicht nicht aus. Ob Burnhams sozialdemokratischer Aufbruch von Dauer sein kann, wird sich vor allem daran entscheiden, ob seine Regierung die angekündigten Verbesserungen auch finanzieren kann. Von den *Tories* hat die *Labour*-

Regierung unter Keir Starmer einen extrem hohen Schuldenstand übernommen. Der Abbau der Schulden hat daher auch für Burnham höchste Priorität. Zugleich muss seine Regierung die Finanzmärkte im Blick behalten, um einen weiteren Anstieg der Schuldenlast zu verhindern. Das Versprechen, alltägliche Ausgaben für die Bevölkerung bezahlbar zu halten, ist damit in hohem Maße von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig. Anfang September verlautete Andy Burnham: „Nationale Sicherheit sollte nicht auf Kosten der sozialen Sicherheit gehen." Wie er diesen Anspruch angesichts konkurrierender Ausgabenprioritäten einlösen will, ist jedoch noch offen.

Jede erfolgreiche Regierung braucht Rückenwind für ihre Vorhaben. Kriege, Krisen und Klimakatastrophen könnten die politischen Handlungsspielräume schnell verengen. Hinzu kommt die Last jahrelanger Austeritätspolitik, während Vermögenskonzentration und Ungleichheit zugenommen haben.

Der in wenigen Tagen vorzulegende Haushaltsentwurf und die anschließende Debatte werden zeigen, ob Burnham die Quadratur des Kreises gelingt: ausreichend Mittel für seine innen- und außenpolitischen Vorhaben bereitzustellen, öffentliche Leistungen zu verbessern und zugleich die Finanzmärkte zu beruhigen. Die ersten Monate haben gezeigt, dass die Sozialdemokratie auch ohne eine Annäherung an rechtspopulistische Positionen wieder an Zustimmung gewinnen kann. Ob daraus eine dauerhafte politische Trendwende wird, hängt nun davon ab, ob Burnham seine Versprechen einlösen kann. Erst dann wird sich zeigen, ob *Hope Again* den Menschen langfristig Mut machen und den Rechtspopulisten das Wasser abgraben kann.



Luise Rürup

Luise Rürup ist Leiterin der Landesvertretung der FES im Vereinigten Königreich und in Irland. Zuvor war sie Vertreterin der FES in Spanien und Portugal sowie die Leiterin des FES-Verbindungsbüros bei den Vereinten Nationen in New York (USA). Sie war für die FES in verschiedenen Funktionen in Santiago de Chile, Neu-Delhi (Indien), Erfurt (Deutschland), Istanbul und Ankara (Türkei) sowie als Leiterin des Referats Forum Politik und Gesellschaft in der FES in Berlin

(Deutschland) tätig.